

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 9 vom 25. Oktober 2018, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann (bis 20.00 Uhr), Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz (bis 19.20), Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer (bis 20.00 Uhr), Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter (bis 19.50), Franz Schori, Alois Studerus (bis 20.00 Uhr), Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträte Daniel Schenk, Patrick Graber und Martin von Allmen
Schluss der Sitzung	20:10 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Er weist darauf hin, dass er sich beim Traktandum 2 an der Diskussion beteiligen wird. Den Vorsitz übernimmt während dieser Zeit der erste Vizepräsident Reto Schertenleib.

87. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 20. September 2018

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

Der Stadtratspräsident nimmt während dem nachfolgenden Traktandum an den Beratungen teil und übergibt den Vorsitz an den ersten Vizepräsidenten Reto Schertenleib.

88. Housing IT-Rechenzentrum (RZ)

Bewilligung einer wiederkehrenden Ausgabe in der Höhe von 142'000 Franken pro Jahr für das Auslagern der IT-Infrastruktur (Housing) und Bewilligung des Verpflichtungskredits über 430'000 Franken für die Grundausstattung und Implementierung der IT-Infrastruktur

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2018

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass es bei dem Geschäft nicht um eine Auslagerung der IT oder um ein Outsourcing geht. Die Infrastruktur in den gemieteten Räumlichkeiten wird weiterhin durch das eigene Personal betrieben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass das Geschäft nicht mehr der ursprünglichen Strategie entspricht. Grund dafür war eine sehr gute Offerte für eine Housing-Lösung, durch die wesentliche Kostenersparnisse erzielt werden können. Zudem bleibt die Stadt durch die Vertragsdauer von fünf Jahren flexibel, falls plötzlich andere Lösungen gefordert sein sollten. Die ursprüngliche Strategie hat möglicherweise dazu geführt, dass die Anbietenden zu lukrativen Offerten motiviert wurden. Die neue Housing-Lösung ist Grund dafür, dass dieses und das nachfolgende Geschäft getrennt behandelt werden. Falls der Rat an der ursprünglichen Idee festhalten möchte, kann der vorliegende Kredit abgelehnt und ein eigenes Rechenzentrum erstellt werden. Es handelt sich um eine vorteilhafte Lösung mit vertretbaren Nachteilen, wie beispielsweise längeren Wegstrecken.

Martin Allemann, **SAKO P+F**, anerkennt, dass der Gemeinderat die eingeschlagene Strategie überdenkt und optimiert hat. Die SAKO konnte sich davon überzeugen, dass die Datensicherheit gewährleistet ist, sich die Aufgaben der Mitarbeitenden nicht wesentlich ändern und nur die Hardware ausgelagert wird. Es handelt sich um eine günstigere und flexible Lösung, die einen Ausbau jederzeit ermöglicht, falls sich die Bedürfnisse ändern oder weitere Gemeinden von der Dienstleistung Gebrauch machen möchten. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Gemeinderatsmitglied persönlich gute Erfahrungen mit der Firma gemacht hat. Die SAKO stimmt dem Geschäft mit 7 Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hat sich davon überzeugen lassen, dass das Personal in Thun bleibt und nur die Hardware nach Bern verlagert wird. Dadurch entstehen zwar teilweise längere Wegstrecken, dafür sind die Datensicherheit sowie ein stetiger Zugriff auf das System gewährleistet. Die Fraktion stimmt einstimmig für die Auslagerung der IT-Infrastruktur.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, erinnert an die Sitzung vom 30. Juni 2016 betreffend Neubau IT-Rechenzentrum, in der eine grosse Mehrheit den IT-Bereich in den eigenen Händen behalten wollte. Andere Lösungen wurden damals von der Verwaltung geprüft. Es wurden jedoch in Thun und Umgebung keine Anbieter gefunden. Es wird vermutet, dass für den damaligen Kostenvergleich entweder die falschen Anbieter angefragt wurden oder der Umgebungssperimeter zu eng definiert war. Möglicherweise hat sich auch der Markt mittlerweile verändert. Es handelt sich heute um eine andere Ausgangslage. Der damals bewilligte Kredit für die Machbarkeitsstudie und den Projektwettbewerb hat für Klarheit und eine gute Kostenvergleichsmöglichkeit gesorgt. Damit können die damaligen Kosten von 380'000 Franken refinanziert werden. Die Anforderungen und der Aufwand für die bauliche und technische Infrastruktur in einem IT-

Rechenzentrum sind enorm gross. Es muss immer wieder neu investiert werden. Die Gebäudetechnik muss rund um die Uhr laufen und überwacht werden. Es ist fraglich, ob für etwa 800 Arbeitsplätze ein eigenes Rechenzentrum erstellt und betrieben werden muss. Die Fraktion kann den Strategiewechsel des Gemeinderates nachvollziehen. Es ist wichtig, dass die IT-Leistungen nach wie vor von der eigenen IT-Abteilung erbracht werden. Die künftige Einsatzdistanz wird als unproblematisch erachtet. Mit der Auslagerung wird die Handlungsfähigkeit der Stadt Thun nicht eingeschränkt. Zudem ist das Vertragsangebot attraktiv. Die Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates.

Daniela Huber Notter (BDP) dankt dem Gemeinderat für die Abklärungen einer alternativen Housing-Lösung. Die Kostenersparnis für eine Housing-Lösung ist mit dem vorliegenden Angebot so gross, dass an einem Eigenbetrieb nicht mehr festgehalten werden kann. Die Bedenken, dass in den ersten Monaten mit erheblichen Problemen zu rechnen ist, konnten durch gute Erklärungen aus dem Weg geräumt werden. Damit ist die einzige Qualitätseinbusse die Einsatzdistanz. Die BDP begrüsst und unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Thomas Hiltold, **Fraktion Grüne**, kann den Strategiewechsel des Gemeinderates nachvollziehen und stimmt dem Antrag einstimmig zu. Es handelt sich um eine günstigere, wahrscheinlich sicherere Lösung ohne Abschreibungen und Pflichtenhefte. In Thun werden nach wie vor attraktive IT-Arbeitsplätze angeboten. Die Datensicherheit ist gewährleistet, es handelt sich um einen bewährten Anbieter und ein attraktives Vertragsangebot. Betreffend erneuerbare Energien stellt sich die Frage, wer der Lieferant ist.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, stimmt dem Geschäft vollumfänglich zu. Der Antrag des Gemeinderates sowie die Voten im Rat entsprechen dem, was er bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen hat. Damals waren die Grünliberalen die einzige Partei, die sich unter anderem aus Kostenüberlegungen für eine solche Lösung eingesetzt hat. Es handelt sich beim Housing um eine flexiblere Lösung. Die Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat von der ursprünglichen Idee abgekommen ist und eine Housing-Lösung beantragt. Mit dem Geschäft beweist der Gemeinderat, dass er auf Zeichen der Zeit reagieren und Strategien den Gegebenheiten anpassen kann. Dadurch wird das Vertrauen gesteigert, künftig ähnliche Geschäfte gehen zu lassen, um sie später erneut aufgreifen zu können. Die damals freigegebenen 380'000 Franken für die Machbarkeitsstudie sind aufgebraucht. Eine Beschränkung auf das Housing-Angebot hätte weniger Kosten verursacht, obwohl das günstige Angebot der Housing-Firma möglicherweise tatsächlich auf den damaligen Beschluss zurückgeführt werden kann. Die Investitionen können mit der Housing-Lösung stark reduziert werden. Es handelt sich um ein auffallend positives Angebot. Herr Kübli dankt den Verantwortlichen der Stadt für die guten Verhandlungen, in denen eine nachhaltige und preislich attraktive Lösung gesichert wurde. Die Fraktion ist froh, dass sich der Gemeinderat für die fachliche Richtung entschieden hat und sich nicht mit einer Abstimmung einer politischen Diskussion aussetzen muss. Die nationale Politik könnte etwas aus dem Geschäft lernen. Der Gemeinderat hat es geschafft, zwei unterschiedliche Geschäfte sauber voneinander zu trennen. Die Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderates.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, hat die Vorlage mit grossem Interesse aufgenommen. Die Gründe für eine neue IT-Lösung sind nachvollziehbar. Die Fraktion begrüsst die Strategieänderung, da alles andere nicht mehr zeitgemäss ist. Die Synergienutzungen aus den Informatikbereichen bedingen mehr Sicherheit und hohe Kapazitäten, was nur mit einer modernen Infrastruktur erreicht werden kann. Es handelt sich mit der Vertragsart um einen geschickten Zug, der Handlungsspielraum bietet. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten.

Stadtpräsident Raphael Lanz verweist darauf, dass die Offerte im 2016 noch nicht spruchreif war, da sich das Gebäude der Firma damals noch nicht einmal im Bau befand. Das Geschäft wurde schon damals sorgfältig behandelt. Bezüglich erneuerbarer Energien zitiert Herr Lanz aus der Offerte: "Sämtliche von uns betriebene Datacenter werden auf grösstmögliche Energieeffizienz optimiert und beziehen nur Strom aus erneuerbaren Energiequellen (Wasser, Windkraft, Biomasse, Solar)." Der Anbieter ist nicht die BKW, sondern die EWB. Der Stadtpräsident dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts und für das Vertrauen gegenüber der Informatik-Abteilung. Der spürbare Support aus der Politik trägt dazu bei, dass die Mitarbeitenden der Informatikabteilung gerne zur Arbeit kommen. Er dankt dem Amt für Stadtliegenschaften für die fruchtbare Zusammenarbeit, die schlussendlich zu den guten Anträgen geführt hat.

Der erste Vizepräsident Reto Schertenleib schlägt vor, über alle Punkte gemeinsam abzustimmen.

Der Rat stimmt diesem Vorgehen stillschweigend zu.

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a und b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. September 2018, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 430'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1810.5200.008 (Bilanz-Konto Nr. 14200.01.01) für die Ausstattung und Neuimplementierung der IT-Infrastruktur im Housing (inkl. Netzwerkerschliessung).
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine wiederkehrende Ausgabe in der Höhe von 142'000 Franken pro Jahr als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung für das Auslagern der IT-Infrastruktur (Housing) für fünf Jahre.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Nach der Beschlussfassung übernimmt der **Stadtratspräsident** wieder die Sitzungsleitung.

89. Erweiterung Verwaltungsgebäude Industriestrasse 2

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 823'500 Franken für die Projektierung des Erweiterungsbaus

Bericht des Gemeinderates 22/2018

Gemeinderat Konrad Hädener fasst die Gründe für einen Neubau zusammen und erläutert das Geschäft. Der Gemeinderat verfolgt die Strategie, die städtischen Arbeitsplätze auf die drei Standorte Thunerhof, Rathaus und Industriestrasse zu konzentrieren. Dadurch können Nebenstandorte in Wert gesetzt werden. Diese Konzentration ist für die Kundschaft einfacher und führt zu effizienteren Verwaltungsabläufen. Herr Hädener unterstreicht den Mangel an Raumreserven. Insbesondere im Thunerhof herrscht Notstand. Dieser hat jedoch Verdichtungs- und Optimierungspotenzial, welches im Rahmen einer grossen Reorganisation im 2019 erschlossen werden soll. Dafür wiederum muss die Fachabteilung Arbeitsintegration an die Industriestrasse ausgelagert werden. Nach der Realisierung des Erweiterungsbaus sollen die Informatikdienste nachrücken. Bereits heute hat zudem ein kantonaler Verwaltungsbereich Interesse an zu mietenden Büroräumlichkeiten bekundet. Das Personalamt könnte im Thunerhof integriert werden, wodurch das finanziell interessante Bärfussgebäude frei würde. Betreffend Arbeitsplatzgestaltung weist Herr Hädener darauf hin, dass anonyme Arbeitsplätze nicht funktionieren, da es sich um voneinander unabhängigen Stellen handelt. Die Stadt hat in verschiedenen Bereichen Rekrutierungsschwierigkeiten. Attraktive Arbeitszeitmodelle und zeitgemässe Arbeitsplätze sind darum für die Stadt speziell wichtig, da im Lohnbereich durch das starre Lohngefüge keine zusätzlichen Anreize geschaffen werden können. Finanzpolitisch betrachtet sind der Bau und die Nutzung von eigenen Liegenschaften mittel- und langfristig günstiger und sinnvoll.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO B+L**, wurde über die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes informiert. Die Fragen konnten geklärt werden. Besonders hervorzuheben ist die zeitlich sinnvolle Master-Auslegeordnung über das ganze Gelände. Die Kosten der Arbeitsplätze konnten reduziert werden, da der Serverraum wegfällt und ein zusätzliches Untergeschoss hinzukommt. Des Weiteren wurde eine Optimierung des Thunerhof diskutiert, was jedoch nicht Bestandteil des vorliegenden Projekts ist. Die SAKO hat dem Verpflichtungskredit mit 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, fragt sich, ob die Regelung eines individuellen Büroplatzes ab einem Arbeitspensum von 50% notwendig ist. Die Rekrutierungsprobleme sind bekannt und nachvollziehbar. Trotzdem dürften die Standards in gewissen Bereichen gelockert werden. Der Fraktion wurde

zugesichert, dass die Anmietung von bestehenden vorhandenen Büroräumen geprüft wurde. Positiv hervorzuheben ist die Zentralisierung. 3 von 4 Parteien der Fraktion folgen mit dem Antrag des Gemeinderates.

Markus van Wijk, **FDP-Fraktion**, sieht die Notwendigkeit und Relevanz des Erweiterungsbaus. Eine weitere Zentralisierung der Verwaltung ist wichtig. Es ist sinnvoll, dass Raumreserven geschaffen werden für mögliche spätere Umsiedlungen. Fraglich ist hingegen, ob die Regelungen der Stadt Thun bezüglich neuen Arbeitsformen noch zeitgemäss ist. Es wird an die SBB verwiesen, die moderne Arbeitsplatzgestaltungen nutzt. Es wird zudem kritisiert, dass die Vorgaben des Investitionsplans immer wieder überzogen werden, was nicht zur Gewohnheit werden darf. Die Fraktion blickt in die Zukunft und hofft auf im Sinne einer Vision auf eine dereinstige Umnutzung des Thunerhofs in Form von einem Hotel, Restaurant oder anderen touristischen Attraktivitäten. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, sieht die Problematik. Mit dem Masterplan für die Erweiterung der Verwaltung wird an die Zukunft gedacht. Möglicherweise wird der Thunerhof irgendwann in einer anderen Form genutzt oder einer bereits existierenden Nutzung zugeführt. Die Fraktion findet Gefallen an der Idee, Räumlichkeiten vorläufig an Dritte zu vermieten. Dadurch können Kosten gespart und leerstehende Gebäude vermieden werden. Wichtig sind im Zeitraum der Erstellung und Erweiterung Massnahmen, um den Betrieb bis zur Eröffnung sicherzustellen. Bezüglich Finanzierung wird vermutet, dass der Aufgaben- und Finanzplan mit den eingestellten 8 Millionen Franken erneut überzogen wird. Reserven sollen bei der Planung mit eingerechnet werden. Falls möglich sollen Handlungsrichtlinien im Bereich der Kosten gefordert werden. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt für die ausführlichen Informationen. Es handelt sich um ein sinnvolles Projekt. Kritisiert wird eine fehlende konkrete Strategie über den Raumbedarf der Stadtverwaltung analog zur Schulraumplanung im Seefeld, obwohl die Raumknappheit klar aufgezeigt wurde. Es ist fraglich, ob in Zeiten von papierlosen Büros ein eigener Arbeitsplatz ab einem Arbeitspensum von 50% garantiert werden muss, zumal der Arbeitsplatz bei Anstellungsgesprächen kaum das ausschlaggebende Argument sein wird. Solche Regelungen sollen in Zukunft überdacht werden. Die Fraktion begrüsst die Zentralisierung der Verwaltung und stimmt dem Verpflichtungskredit grossmehrheitlich zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erinnert an die Geschichte des Thunerhof als Grand Hotel. Das Gebäude wurde für einen anderen Zweck gebaut, als es heute genutzt wird. Es ist unbestritten, dass es sich beim Rathaus um ein Repräsentativbau handelt. Die Raumknappheit und die Veränderung der Verwaltungsstellen in den letzten Jahren wurden in der SAKO faktisch und einleuchtend aufgezeigt. Entgegen Stadtrat Till Webers Kritik wird festgehalten, dass es sich bei der Verwaltungsraumplanung um eine Musterplanung handelt. Das vorliegende sauber dargelegte Projekt ist einleuchtend. Die modulare Funktionalität des neuen Gebäudes wurde aufgezeigt. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Simon Werren (BDP) findet die Industriestrasse den richtigen Standort, um einen Verwaltungsneubau zu platzieren. Es macht Sinn, die Informatikdienste in das neue Gebäude auszulagern. Dadurch wird der Thunerhof entlastet. Da eine Mietlösung auf Dauer zu teuer ist, kann nur ein Neubau in Betracht gezogen werden. Auffallend ist die grosse Flexibilität des Neubaus durch die Geschosse, die verschiedene Nutzungsvarianten ermöglicht. So können beispielsweise mehrere Abteilungen am gleichen Standort untergebracht werden. Durch die Erweiterung des Untergeschosses entstehen mehr Arbeitsplätze als ursprünglich vorgesehen, wodurch die Kosten pro Arbeitsplatz gesenkt werden. Es wird unterstützt, dass vorerst nicht genutzte Büroflächen an Dritte vermietet werden. Die BDP unterstützt den Verpflichtungskredit.

Nicole Krenger (glp) spricht im Namen der Partei und lehnt den Kredit aus finanzpolitischen Gründen ab, auch wenn die vielen Vorteile nachvollziehbar sind. Da in Thun ein Investitionsstau herrscht und laufend Kredite gesprochen werden, ist es fraglich, ob ein Projekt in dieser Grössenordnung zum jetzigen Zeitpunkt notwendig ist. Es soll zuerst abgewartet werden, wie sich die Situation und die Platzverhältnisse im Thunerhof nach dem Auszug der IT-Abteilung durch die Housing-Lösung entwickeln. Anschliessend kann die Situation neu geprüft werden. Es stellt sich die Frage, wie viele Mitarbeitende der Verwaltung ihre Arbeit tatsächlich am Schreibtisch verrichten. Mit den zunehmend neuen Arbeitsformen gilt es die Regelung bezüglich Arbeitsplätze zu überprüfen. Frau Krenger verweist auf die Digitalisierungsstrategie, die unter anderem eine Effizienzsteigerung zum Ziel hat. Automatisierte Prozesse führen zu einer speditiveren

Verwaltung. Die Gefahr eines Stellenabbaus wird als gering eingeschätzt, da die Verwaltung in Zukunft vermutlich mehr Aufgaben übernehmen wird. Bezüglich Rekrutierungsschwierigkeiten kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsplatzgestaltung nicht der entscheidende Punkt für eine Anstellung ist. Viel entscheidender sind Faktoren wie die Arbeitsinhalte, das familiäre Umfeld oder der Wohnort. Zudem wird es im Bereich der IT zusätzliche Aufgabenbereiche geben. Sollte sich mittelfristig nach einer erneuten Evaluierung herausstellen, dass die Situation nicht tragbar ist, können Zwischenlösungen und konkrete Projekte anvisiert werden. So können beispielsweise zusätzliche Büroräumlichkeiten gemietet werden, die in Thun zur Genüge vorhanden sind.

Thomas Hiltbold (Grüne) ist der Meinung, dass dem Projekt der rote Faden fehlt. Finanzpolitisch und ökologisch gesehen ist es nicht sinnvoll, ein neues Gebäude zu bauen, während in Thun viele Büroräume leer stehen. Private Anbieter werden durch das Projekt zusätzlich konkurriert, indem Teile des Gebäudes an den Kanton und an Dritte vermietet werden. Die Voraussetzungen haben sich geändert. Die Arbeitsplatzgestaltung ist durch die Digitalisierung und die gesellschaftlichen Veränderungen im Wandel. Solange so viele leerstehende Büroräume zur Verfügung stehen macht es keinen Sinn, mit städtischen Mitteln weitere Büroräumlichkeiten zu bauen. Eine Mietlösung könnte rasch Abhilfe schaffen, zumal das neue Gebäude frühestens im 2022 bereitsteht. Zudem ist heute unklar, ob es in Zukunft eine regionale Informatikabteilung gibt. Herr Hiltbold zweifelt daran, dass der Neubau einen so starken Einfluss auf die Personalrekrutierung hat. Zum heutigen Zeitpunkt handelt es sich bei dem Neubau um eine Verschwendung von Ressourcen und Steuergeldern.

Gemeinderat Konrad Hädener weist bezüglich roten Faden darauf hin, dass das Wettbewerbsergebnis unter dem falschen Titel "Rechnungszentrum" vorgestellt wurde. Vielmehr handelt es sich um ein Verwaltungsgebäude mit einem hohen Technikanteil auf engem Raum. Aus diesem Grund konnte das Projekt so rasch in ein eigentliches Verwaltungsgebäude umgewandelt werden. Die Arbeitsplätze waren immer auf die IDT mit dem höchsten Bedarf ausgerichtet, wobei dieser Bereich aufs Ganze gesehen nur einen kleinen Anteil ausmacht. Herr Hädener korrigiert, dass die Informatikabteilung durch die geplante Rochade nicht erst im 2022 entlastet wird. Weiter weist er auf den Notstand im Thunerhof hin, der ein rasches Handeln erfordert. Bei dem Umzug der Abteilung Arbeitsintegration handelt es sich nicht etwa um eine Notlösung. Vielmehr wird die Abteilung näher an das Geschehen gebracht. Zu Stadtrat Webers Aussage betreffend Strategie weist Herr Hädener darauf hin, dass sich der Gemeinderat bei der Auslegung der langfristigen Überlegungen viel Mühe gegeben hat. Bezüglich Personalrekrutierung wird versichert, dass es insbesondere in der Informatikbranche um mehr als nur den Lohn geht. Gerade das Arbeitsklima und damit auch die Arbeitsplatzqualität sind mitentscheidend. Eine Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung ist zu erwarten. Es gilt jedoch zu bedenken, dass durch die Schulinformatik viele neue Endgeräte in die Obhut der IDT kommen. Durch diesen Aufgaben- und Verantwortungszuwachs wird automatisch mehr Personal benötigt. Die Platzverhältnisse im Thunerhof wurden überprüft und in der SAKO aufgezeigt. Speziell im Bereich des Tiefbauamtes gibt es Mitarbeitende ohne fixe Arbeitsplätze. In einigen Bereichen sind neue Arbeitsformen aufgrund des Aufgabenbereichs nicht praktikierbar. Der Gemeinderat bittet den Stadtrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Der Rat genehmigt mit 34 : 3 Stimmen den folgenden

Stadratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. September 2018, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 823'500 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit-Nr. 2230.5040.003 (Bilanz-Konto Nr. 14040.01.01) für die Projektierung der Erweiterung des Verwaltungsgebäudes am Standort Industriestrasse 2.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadratspräsident macht auf die vier eingereichten Vorstösse aufmerksam, bei denen Dringlichkeit verlangt wird. Über die Dringlichkeit wird am Ende der Sitzung abgestimmt.

90. Interpellation I 12/2018 (dringlich) betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und der Verordnung über Pilotversuche mit Cannabis (Experimentierartikel)

Alice Kropf (SP), Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; dringliche Beantwortung

Alice Kropf (SP) ist mit von der Beantwortung befriedigt und verzichtet auf eine Diskussion.

91. Postulat P 10/2018 betreffend Erreichung von mindestens 85 Prozent Realisierungsgrad der gemäss Jahresbudget eingestellten Finanzmittel für bauliche Investitionen und Unterhaltsmassnahmen

BDP-Fraktion vom 17. Mai 2018; Beantwortung

Simon Werren (BDP) ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden. Der BDP ist bewusst, dass der Realisierungsgrad durch viele Faktoren beeinflusst wird und es zu Verzögerungen kommen kann. Es wird begrüsst, dass der Gemeinderat den Handlungsbedarf erkannt hat und den Realisierungsgrad zu verbessern gedenkt. Es handelt sich um eine gute Lösung, falls dies durch eine Optimierung des Finanzplanmodells erfolgt. Die BDP vertraut dem Gemeinderat und stimmt dem Antrag zu.

Claude Schlapbach, **FDP-Fraktion**, stimmt der Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung zu, wenn auch mit wenig Euphorie. Es ist fraglich, ob die Gelder zweckgebunden sind. Ein Realisierungsgrad beim baulichen Unterhalt von 80% ist zu tief, da dieser werterhaltend ist. Die Fraktion wird die Zahlen im Auge behalten und stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses. Die Zielrichtung ist verständlich und nachvollziehbar. Das Problem ist seit Längerem bekannt. Der Vorstoss rennt damit offene Türen ein. Ein Austausch innerhalb der Parteien wäre wünschenswert. Die Fraktion überweist das Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Die Forderung ist berechtigt, dass Budgetiertes eingehalten wird. Der Gemeinderat hat gemeinsam mit der Verwaltung bereits klare Massnahmen eingeleitet. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich zum Zeitpunkt der Budgetierung um eine Schätzung handelt. Betreffend "Schubladenprojekten" weist Herr Lanz darauf hin, dass die Kostengenauigkeit während der Projektphase häufig ungenau ist, wodurch der Realisierungsgrad nicht verbessert wird. Die Fraktion stimmt einer Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung zu. Investitionen müssen aber auch finanziert werden. Es wird auf die Tendenz aufmerksam gemacht, dass der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, während die Verschuldung zunehmend ansteigt. Aus diesem Grund muss jeweils kritisch hinterfragt werden, ob ein Entwicklungsprojekt nötig ist.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung zufrieden und überweist das Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat zu den Kennzahlen Gedanken macht. Bei der grossen Anzahl an Objekten ist es verständlich, dass es immer wieder zu Blockadesituationen und dadurch zu Verschiebungen im baulichen Unterhalt kommen kann. Eine Betrachtung über mehrere Jahre hinweg macht Sinn, ebenso eine Überschreitung der 100% zur Verbesserung des Durchschnitts. Herr Schori macht darauf aufmerksam, dass eine Interpellation möglicherweise auch gereicht hätte.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stimmt einer Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung zu, wenn auch eher emotionslos. Herr Hiltbold hofft, dass die Finanzabteilung und der Stadtpräsident als Finanzverantwortlicher genau hinschauen. Effektiv handelnde und verantwortungsbewusste Personen sind nötig, um den Prozess zu beschleunigen und den Realisierungsgrad zu verbessern.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

92. Postulat P 7/2018 betreffend einen Steg zwischen Kuhbrücke und Mühlebrücke - für eine attraktive Thuner Innenstadt

SVP/FDP-Fraktion vom 22. März 2018; Beantwortung

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, freut sich über das Verständnis des Gemeinderates. In der kurzen Antwort wird die Problematik aufgezeigt, der sich die Fraktion bewusst ist. Ziel des Vorstosses ist es, einen konkreten Vorschlag zu liefern. Die Prüfung soll im Rahmen einer Gesamtbetrachtung erfolgen und verschiedene Varianten, Optimierungen oder Alternativen aufzeigen. Die Fraktion empfiehlt die Annahme des Postulates.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, findet eine Optimierung der Attraktivität der Innenstadt einleuchtend. Eine Idee, die bereits bei der ersten Auslegeordnung durchfällt, sollte aber nicht weiterverfolgt werden. Eine vorgängige Absprache mit der IGT hätte klare Problemstellungen aufgezeigt. So sorgen mehrere Eingänge von Geschäften neben einem gleichbleibenden Umsatz für Mehraufwände im Personalbereich. Zudem befände sich der Steg im Schatten und würde an etwa 20 Parzellen angrenzen, was zu einem hohen Verhandlungsaufwand führt. Kosten und Aufwand stehen bei dem vorliegenden Geschäft nicht im Verhältnis zum Ertrag. Die Fraktion lehnt das Postulat ab. Ein mobiles saisonales Floss beim Mühleplatz, welches attraktiv und finanzierbar ist, könnte im Rahmen des nächsten Vorstosses geprüft werden.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, schliesst sich Stadtrat Baumann-Fuchs an. Der Steg würde den Geschäften Kundschaft entziehen. Der bestehende Quai wird klar vorgezogen, da der Steg im Schatten liegen würde. Es wird auf überregionale Planungen und das Agglomerationsprogramm verwiesen, die den Bedarf von mehreren Brücken, Überquerungen und Wegen seit Jahrzehnten aufzeigen. Davon wurde bis heute noch nichts umgesetzt. Die Fraktion lehnt den Vorstoss einstimmig ab.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Vorstosses. Mit dem Postulat soll die Idee eines Stegs überprüft werden. Er weist darauf hin, dass ein Steg im Schatten auch attraktiv sein kann. Aus der Antwort des Gemeinderates wird zitiert, dass sich bei der Umsetzung eines solchen Projekts zahlreiche schwierige Fragen stellen würden. Die Fraktion ist sich dessen bewusst und wünscht sich, dass aus Visionen Realitäten werden. Das beträchtliche Entwicklungspotenzial soll genutzt werden. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Daniela Huber Notter (BDP) bezweifelt, dass die Ladenbesitzenden Freude an einem solchen Steg hätten. Thun verfügt über eine schöne Innenstadt, die zum Einkaufen und Verweilen einlädt. Die Fraktion sieht keinen Mehrwert für das Bälliz und lehnt das Postulat ab.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, unterstützt grundsätzlich eine attraktivere Gestaltung der Innenstadt. Aus dem Wortlaut des Postulates ergeben sich einige Vorbehalte. Die Realisierung eines Stegs ist abhängig vom übergeordneten Recht und der Zustimmung von verschiedenen kantonalen Stellen. Die Schattenlage des Stegs kann sich negativ auf die Attraktivität und die Unterhaltskosten auswirken. Zudem ist mit Einsparungen von Anwohnenden zu rechnen, die auf dieser Seite der Gebäude ihre Rückzugsorte finden. Weiter wird daran erinnert, dass ein ähnliches Vorhaben im 2010 von der bürgerlichen Seite aus Kostengründen abgelehnt wurde. Frau Kaufmann macht auf verschiedene andere, interessante Ideen zur Attraktivierung der Stadt aufmerksam, welche konkreter und schon weiterentwickelt sind. Es wird vor dem Risiko gewarnt, nur über Ideen zu sprechen anstatt diese umzusetzen. Die Fraktion stimmt dem Postulat nur teilweise zu.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, stellt mit Erstaunen fest, dass ein Projekt von Beginn weg abgelehnt wird, dass hauptsächlich dem Fussverkehr zugutekommt. Es wird kritisiert, dass die Idee verworfen wird, bevor sie überhaupt geprüft wurde. Herr Schertenleib verweist betreffend Ladeneingängen auf andere Städte wie beispielsweise Bern, wo einige Geschäfte von mehreren Seiten betreten werden können. Die Räte werden gebeten, das Geschäft zu prüfen und nicht kategorisch abzulehnen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 18 : 15 bei 4 Enthaltungen ab.

93. Postulat P 12/2018 betreffend Aufenthaltsqualität in der Thuner Innenstadt erhöhen - für einen stilvollen Baldachin im Thuner Bälliz

SVP/FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 7. Juli 2018; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth weist darauf hin, dass Thun durch viele natürliche Gegebenheiten bereits sehr attraktiv ist. Dennoch lassen sich die strukturellen Probleme in der Innenstadt nicht wegdiskutieren. Mit der Eröffnung des Parkhauses startet ein neues Zeitalter. Diesbezüglich soll das Versprechen eingelöst werden, die freiwerdenden Parkplätze umzugestalten. Grosse, aufwändige und kostspielige Projekte wie ein Baldachin müssen zum Gesamtbild der Stadt passen und setzen eine Gesamtschau voraus, in der der Mehrwert aufgezeigt werden kann. Frau Dumermuth hofft bei der Umsetzung einer solchen Gesamtschau auf die Unterstützung des Stadtrates. Sie weist darauf hin, dass die Gestaltung der Innenstadt laufend erfolgt. Kleine Projekte sollen nicht blockiert werden. Der Gemeinderat ist bereit, auf gute und rasch umsetzbare Ideen zu reagieren.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Vorstosses. Die natürlichen Gegebenheiten alleine reichen nicht aus, um eine attraktive Innenstadt zu schaffen. Bei dem Postulat handelt es sich nicht um eine abschliessende Auflistung an Ideen. Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung sollen weitere attraktivitätssteigernde Massnahmen berücksichtigt werden. Herr Aegerter verweist auf das öffentliche Mitwirkungsverfahren zum Stadtentwicklungskonzept, welches der Aufwertung von öffentlichen Räumen einen hohen Stellenwert einräumt. Das vorliegende Postulat zielt in diese Richtung. Einige der aufgelisteten Vorschläge können unbürokratisch und zeitnah umgesetzt werden. So sind gerade kleinere Massnahmen sinnvoll, wie beispielsweise die kürzlich aufgestellten Betonbänke auf dem Rathausplatz. Der Gemeinderat wird dazu aufgefordert, zeitnah mit der Umsetzung der Massnahmen zu beginnen. Herr Aegerter betont, dass im vorliegenden Postulat Titel und Antrag nicht zu verwechseln sind. Die Idee eines Baldachins soll im Rahmen einer Gesamtbetrachtung überprüft werden. Die Fraktion überweist das Postulat in allen Punkten.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, beantragt eine punktweise Abstimmung. Die Fraktion unterstützt eine Attraktivitätssteigerung der Thuner Innenstadt und somit die grundsätzliche Stossrichtung des Postulats. Es wird an das noch nicht eingelöste Versprechen im Rahmen der Parkhaus-Abstimmung erinnert. Die Aufhebung und Umnutzung der Parkplätze sollen zu einem spürbaren Mehrwert für die Thuner Bevölkerung führen. Ein wichtiger Bestandteil des vorliegenden Geschäfts ist der Baldachin, der einige Fragen aufwirft. Ein Vergleich mit Mailand und Bern ist nicht optimal, da es sich in beiden Fällen um sehr spezielle Bauwerke handelt. Es stellt sich die Frage, warum die Innenstadt zu gewissen Zeiten leer ist. Grund dafür könnte sein, dass kleine lokale Unternehmen wegen den hohen Mietpreisen von unattraktiven grossen Ladenketten verdrängt werden. Eine weitere Erklärung liefern möglicherweise die neuen Einkaufszentren als Konkurrenten. Für den Autoverkehr wurde in der Vergangenheit viel Raum beansprucht, wodurch sich der Begegnungsraum für Menschen reduziert hat. Frau de Meuron weist darauf hin, dass der Handel den Menschen folgt und nicht umgekehrt. Wo sich Menschen begegnen, wird in der Regel auch konsumiert. Aus diesem Grund muss dringend in irgendeiner Form am Begegnungsraum gearbeitet werden. Die vorgeschlagenen Ideen wie beispielsweise WLAN, Beleuchtungen, Beflaggung, Grünflächen oder auch Aussenbestuhlungen und Spielfelder werden begrüsst. Die Fraktion unterstreicht die Wichtigkeit einer konsequenten Fussgängerzone. Diese kleinen Massnahmen sollen zuerst umgesetzt werden, bevor kostspielige Projekte wie ein Baldachin geprüft werden. Diesbezüglich kann sich die Fraktion eher eine Überdachung von ÖV-Haltestellen oder dem Bahnhof anstelle der Innenstadt vorstellen. Die Fraktion lehnt die Ziffer 1 ab und überweist das Postulat in den restlichen Punkten.

Markus van Wijk, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Gemäss Wikipedia ist Thun der grösste und bedeutendste Markort im Berner Oberland mit einem vielfältigen Angebot in der Innenstadt und dem Bälliz als beliebtes Einkaufsquartier. In der Innenstadt ist ein beträchtliches Entwicklungspotential vorhanden. Diesbezüglich sind alle gefordert. Mit der Eröffnung des neuen Parkhauses ist eine positive Entwicklung möglich. Die Fraktion hält nicht an einem Baldachin fest. Vielmehr soll den Planern und Entwicklern Freiheit gelassen werden, wobei auf kreative und mutige Lösungen gehofft wird. Die beiden Kernzonen Hauptgasse und Bälliz sind zentrale Begegnungszonen und wichtig für die Identifikation. Die Fraktion überweist das Postulat einstimmig und freut sich auf zeitnahe und spannende Vorschläge des Gemeinderates.

Daniela Huber Notter (BDP) dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass mit einer Bedachung viel Aufwand auf Kantons- und Bundesebene entstehen könnte. Da die Aufwertung und Gestaltung von öffentlichen Räumen einen hohen Stellenwert haben, folgt die BDP dem Antrag des Gemeinderates.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme und beantragt eine getrennte Abstimmung über die drei Punkte. Der Vorschlag einer Gesamtbetrachtung wird begrüsst, obwohl es dafür schon fast zu spät ist. Die Notwendigkeit von zeitnahen Massnahmen zur Belebung der Innenstadt wird unterstrichen. Herr Christen zitiert einen Artikel, in dem prophezeit wird, dass in 10 Jahren ein Drittel aller Ladenflächen leer steht. Das Problem ist in anderen Städten wie St. Gallen schon länger bekannt. Dort wurde angesichts der schwierigen Lage aus 100 Ideen ein komprimierter 10-Punkte-Plan erstellt unter anderem mit Massnahmen wie einer Zwischennutzung von Leerräumen, Smartphone-Apps, einer besseren Beschilderung oder einer Belebung der Innenstadt durch Anlässe. Die Fraktion unterstützt die in Punkt 2 aufgeführten Vorschläge. Des Weiteren wurde in St. Gallen mit einem City-Manager eine neue Stelle geschaffen, was auch für Thun denkbar wäre. Im Gegensatz zu St. Gallen verfügt Thun bereits über einen Velolieferdienst, für den in der Innenstadt jedoch noch besser geworben werden könnte. Herr Christen verweist weiter auf die Stadt Zürich, in der zeitgemässe Ladenkonzepte zur Überlebensstrategie für den Detailhandel getestet werden. Die Fraktion unterstützt auch den letzten Punkt des Postulats, wobei die Wichtigkeit von Städte-Vergleichen unterstrichen wird. Die Mitarbeit von allen ist gefordert, insbesondere auch von Ladenbesitzenden mit leerstehenden Räumen. Da leerstehende Geschäfte ansteckend wirken, muss eine Reduktion der Mietpreise in Betracht gezogen werden. Eine hohe Passantenfrequenz ist wichtig. Mit dem in Punkt 1 vorgeschlagenen Baldachin kann sich die Fraktion nicht anfreunden, zumal die Leute wegen den schönen Häusern und Fassaden in die Innenstadt kommen. Es wird vor möglichen negativen Folgen eines Baldachins wie beispielsweise dem Gestank gewarnt.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, unterstützt sowohl die Vorstossrichtung wie auch eine punktweise Abstimmung. Alle aufgezeigten Massnahmen können geprüft werden, bis auf den Baldachin. Den wollen wir nicht. Diesbezüglich ist auch ein Vergleich mit anderen Städten sinnvoll. Herr Studerus warnt davor, auf eine Gesamtschau zu warten und alle vorgeschlagenen Massnahmen auf einmal zu prüfen. Die IGT sowie interessierte Geschäfte und Restaurants müssen gemeinsam mit der Politik einen Weg finden, die Innenstadt attraktiv zu halten. Es stellt sich die Frage, ob bezüglich motorisiertem Verkehr Massnahmen erforderlich sind.

Der Stadtratspräsident zitiert Art. 47 des Geschäftsreglements des Stadtrats, wonach die Urheberschaft eines Postulats der inhaltlichen Trennung des Antrags zustimmen muss.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, beantragt einen kurzen Sitzungsunterbruch von zwei Minuten.

Der Rat stimmt einem kurzen Sitzungsunterbruch stillschweigend zu.

Sitzungsunterbruch

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hält am Antrag in seiner ursprünglichen Form fest. Einer punktweisen Abstimmung wird nicht zugestimmt.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, ist erstaunt über die mangelnde Kompromissbereitschaft der Urheberschaft. Die Fraktion lehnt das Postulat ab, obwohl die Massnahmen unter Punkt 2 zielführend sind und weiterverfolgt werden sollen. Frau Krenger kritisiert den Umgang untereinander im Rat.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erstaunt über die Haltung der bürgerlichen Seite, zumal ein Grossteil der Vorschläge im Rat Zustimmung gefunden hat.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, zeigt sich erstaunt über die Beharrlichkeit, mit der auf dem Titel des Postulats herumgeritten wird, zumal es sich lediglich um eine Prüfung handelt. Wer dem Postulat nicht zustimmt, ist nicht an einer Attraktivitätssteigerung der Thuner Innenstadt interessiert.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass alle Vorschläge geprüft werden sollen. Hauptsache ist, dass Thun weitergebracht wird.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist erstaunt über die Diskussionen betreffend Titel, zumal der Antrag ausschlaggebend ist. Dort wird das Wort Baldachin in Klammer gesetzt. Wer das Postulat als Ganzes ablehnt, scheint an einer Attraktivitätssteigerung der Innenstadt nicht interessiert zu sein. Bei dem Baldachin müsste es sich um eine lichtspendende und transparente Bedeckung handeln, was einen Baum-Baldachin ausschliesst. Herr Aegerter bittet darum, Vorschläge nicht kategorisch auszuschliessen, zumal eine Umsetzung des Baldachin nach vorgenommener Prüfung mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht weiterverfolgt würde.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 20 : 16 Stimmen ab.

94. Interpellation I 11/2018 betreffend Stärkung der beruflichen Integration von Sozialhilfe-beziehenden Menschen

Fraktion SP vom 5. Juli 2018; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch (SP) ist von der Beantwortung befriedigt. Sie beantragt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Grund für die Interpellation sind die Änderung und Auswirkungen der Bestimmungen im Sozialhilfegesetz auf kantonaler Ebene. Es ist erfreulich, dass die Sozialhilfequote in Thun sinkt. Einen wichtigen Beitrag dazu hat die Fachstelle Arbeitsintegration geleistet. Es ist eindrücklich, wie viel Arbeit von Sozialhilfebeziehenden für die Stadt Thun geleistet wird. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Wertschätzung gegenüber den Programmteilnehmenden. Der finanzielle Anreiz, an solchen Programmen teilzunehmen, ist mit 100 Franken pro Monat sehr gering. Betreffend Fairness wird zu Bedenken gegeben, dass Menschen im Rahmen der Arbeitsintegration samstags gratis Arbeit im Abfallsammelhof leisten. Es stellt sich die Frage, ob bereits konkrete Zahlen zur Anzahl Personen vorhanden sind, die an den Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Die teilweise hohen Schwankungen zwischen einzelnen Jahren und Direktionen sind schlecht nachvollziehbar. Zudem stellt sich die Frage, ob bezüglich rückläufiger Arbeitsleistungen in Stunden eine neue Tendenz feststellbar ist. Die Fraktion wünscht sich, dass Thun eine Vorbildrolle in der Arbeitsintegration einnimmt. Nur wenig Personen haben in den vergangenen Jahren eine Anstellung bei der Stadt gefunden. Grund dafür sind häufig zu hohe Erwartungen. Diesbezüglich wünscht sich die Fraktion in allen Direktionen mehr Bereitschaft, Menschen aus der Arbeitsintegration anzustellen. Die Chancen können durch entsprechende Bildungsangebote wie beispielsweise branchenspezifische Lehrgänge erhöht werden, wie sie in Bern bereits in Form von Zertifikats-Lehrgängen erarbeitet wurden. Auch die Wirtschaft ist gefordert. Zwischen den Thuner KMUs und der Fachstelle Arbeitsintegration findet bereits ein konstruktiver Austausch statt. Die Fraktion dankt beiden Seiten für ihr Engagement. Für die Unterstützung und Begleitung von Menschen mit Sozialhilfe sind fachliche Kenntnisse und Erfahrung erforderlich. Investitionen in die Arbeitsintegration lohnen sich für alle.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, findet eine massvolle berufliche Integration von Sozialhilfebeziehenden wichtig. Es müssen aber einerseits entsprechende Aufgaben in der Verwaltung vorliegen. Andererseits müssen die Personen über die entsprechenden Kompetenzen verfügen, damit die Integration für beide Seiten gewinnbringend ist. Die Fraktion hat den Eindruck, dass die Arbeitsintegration in Thun in einem vernünftigen Rahmen erfolgt. Betreffend Frage 4 wird nicht davon ausgegangen, dass auf einen Schlag viele neue Stellen geschaffen werden können. Die Stadt soll ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Die Fraktion begrüsst deren vermittelnde Rolle in Bezug auf die Wirtschaft, in der Potenzial vorhanden ist.

Daniela Huber Notter (BDP) weist darauf hin, dass die Arbeitsintegration in einer Firma oder Verwaltung nicht selbstverständlich ist. Die Betreuung und Begleitung sind mit einem grossen Aufwand verbunden.

Frau Huber Notter dankt der Stadt und dem Gemeinderat für die Bemühungen. Sie macht darauf aufmerksam, dass für ein Integrationsprogramm auch Arbeit vorhanden sein muss.

Susanne Gygax, **Fraktion der Mitte**, dankt für die Interpellation und für die differenzierten Antworten des Gemeinderates. Es ist wichtig, dass solche Stellen erhalten bleiben und nicht wegrationalisiert werden. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für sein Angebot und hofft auf weitere Stellen in Thun.

Claude Schlapbach, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Die Fraktion setzt sich für weniger staatliche Auflagen, Gesetze und Ausgaben ein und plädiert für mehr Förderung der gewerblichen Initiative und Verantwortung.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, betont die Wichtigkeit von solchen Programmen. Speziell hervorzuheben sind die Sensibilisierungsmassnahmen des Gemeinderates. Möglicherweise wird in der Stadtverwaltung nicht immer an die Möglichkeit der Arbeitsintegration gedacht. Solange die Wirtschaft nicht in der Lage ist, die vorhandenen Bedürfnisse abzudecken, muss die Stadt in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eingreifen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler informiert über 89 vom Kanton bewilligte Plätze, die durch 144 Personen belegt werden. Bezüglich Stundenanzahl wird auf die starke Auftragsabhängigkeit verwiesen, speziell im Baubereich. Im 2015 wurden beispielsweise über 2500 Stunden für die Sanierungsarbeiten am Schulhaus Pestalozzi investiert. Im 2013 wurden während 700 Stunden alle öffentlichen Spielplätze renoviert. Über die Stundenanzahl kann keine generelle Aussage gemacht werden. Es werden nur sinnvolle Arbeiten angeboten, die sowohl den Sozialhilfebeziehenden als auch der Stadt einen Mehrwert bringen.

95. Fragestunde F 16/2018 betreffend Fussgängersicherheit in Thun in der Bauphase Innenstadt

Nicole Krenger / Andreas Kübli (glp) vom 23. Oktober 2018; Beantwortung

Die Frage F 16/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

96. Fragestunde F 17/2018 betreffend erneutem Stellenabbau bei Meyer Burger

Franz Schori und Katharina Ali-Oesch (SP) vom 23. Oktober 2018; Beantwortung

Die Frage F 17/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

97. Motion M 2/2018 betreffend zeitgleicher Start für die Betreuungsgutscheine

Fraktion der Mitte vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, begründet die Dringlichkeit. Andere Gemeinden kommunizieren laufend über die Betreuungsgutscheine. Spiez zum Beispiel hat bereits damit begonnen. Herr Baumann-Fuchs macht auf die mögliche Signalwirkung aufmerksam, die erreicht werden kann.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Betreuungsgutscheine nicht vor dem Jahr 2020 eingeführt werden. Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

98. Postulat P 25/2018 für einen zweiten Pflegeheim-Neubau auf dem Gebiet der Stadt Thun

SP-Fraktion vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, informiert über die Stiftung Wohnen im Alter, bei der in drei bis vier Jahren mit Engpässen bezüglich Pflegebetten zu rechnen ist. Bis dahin muss ein neues Pflegeheim gebaut werden. Gleichzeitig läuft ein Mietvertrag im Hohmad aus, in dem ebenfalls Pflegebetten stehen.

Stadtpräsident Raphael Lanz widersetzt sich der Dringlichkeit nicht. Er weist darauf hin, dass Ende November ein Termin zwischen den Verantwortlichen der Stiftung und dem Vorsteher Bau und Liegenschaften geplant ist. Aufgrund dieser Terminabfolge kann es bei der Beantwortung zu einem unvollständigen Bild kommen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

99 Interpellation I 18/2018 betreffend Terror, Gewalt und Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Fussballrowdys und anderen gewaltbereiten Gruppierungen

Alain Kleiner, SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. In Zusammenhang mit den Spielen gegen den FC Basel, FC St. Gallen, GC und YB in den kommenden Monaten ist mit diversen Fanwalks zu rechnen.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass viele Fragen gestellt werden, was eine umfangreiche Antwort erfordert. Im Interesse einer guten Beantwortung wäre mehr Zeit wünschenswert.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

100 Interpellation I 20/2018 bezüglich Wirtschaftspark Schoren und dem geplanten Neubau der Aries Libra AG / Frilite SA

FDP-Fraktion, Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Für das Projekt läuft die Planungsaufgabe bald ab, wodurch eine zeitgerechte Beantwortung wichtig ist. Die Entwicklung des Schorenparks ist von grosser Bedeutung. Die Fragen sollen für weitere eingehende Projekte aufgeworfen und diskutiert werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz widersetzt sich der Dringlichkeit nicht. Das Baubewilligungsverfahren läuft. Herr Lanz macht darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat nicht die Baubewilligungsinstanz ist. Einige Fragen sind im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zu prüfen, wodurch möglicherweise nicht alle Informationen vorhanden sein werden.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident weist auf die aufliegenden Budgetunterlagen, die Einladung zum Stadtratschlussabend und die Einladung für das Politforum hin. Er bittet die Räte, sich den Termin des Politforums vorzumerken und sich frühzeitig anzumelden.

Eingänge

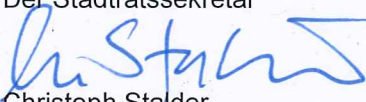
- M2/2018 Motion betreffend zeitgleicher Start für die Betreuungsgutscheine; Fraktion der Mitte vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit
- P25/2018 Postulat für einen zweiten Pflegeheim-Neubau auf dem Gebiet der Stadt Thun; SP-Fraktion vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit
- P26/2018 Postulat betreffend direkte Sportförderung am Modell Grabengut; Fraktion der Mitte vom 25. Oktober 2018
- I18/2018 Interpellation betreffend Terror, Gewalt und Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Fussballrowdys und anderen gewaltbereiten Gruppierungen; Alain Kleiner, SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit
- I19/2018 Interpellation für mehr Augenmass und Pragmatismus statt sturem Beharren auf Formalitäten beim Bauinspektorat!; SVP-Fraktion vom 25. Oktober 2018
- I20/2018 Interpellation bezüglich Wirtschaftspark Schoren und dem geplanten Neubau der Aries Libra AG / Frilite SA; FDP-Fraktion, Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2018; Dringlichkeit

Der Stadtratspräsident



Andreas Kübli

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder